

Pressemitteilung in Niedersachsen

Armutsgefährdungsquote Niedersachsen: Eine Trendwende ist leider nicht in Sicht

Hannover, 23. August 2018

Auch wenn die vom Landesamt für Statistik vorgelegten Zahlen zur Armutsgefährdungsquote im Jahr 2017 in einzelnen Bereichen leicht zurückgegangen sind, bleibt die Armutsbedrohung für viele Menschen gleichbleibend hoch. „Eine Trendwende ist leider nicht in Sicht“, so Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen. Die gefährdeten Personengruppen seien weiterhin Alleinerziehende, Kinder mit Familien, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund.

„Leider müssen wir sagen, dass es weiterhin Familien und Kinder gibt, bei denen sich Armut über viele Jahre verfestigt“, so Lenke. „Man spricht in Fachkreisen bereits von ‚vererbter Armut‘. Auch das Risiko von Alleinerziehenden, in Armut zu geraten, ist leider nicht neu. Es ist dringend geboten, dass wir auch wieder über eine Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land reden.“

Lenke betont, dass das Armutsrisiko in Deutschland keine Frage nur von Einzelschicksalen sei. „Oft liegt das Armutsrisiko nicht daran, dass einzelne Personen ihre Lebenssituation nicht bewältigen könnten, sondern sehr häufig geraten Menschen unverschuldet durch äußere Bedingungen in Armut. Die Überwindung von Armut ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Parallel zur Zunahme von verfestigter Armut haben wir auf der anderen Seite auch eine Zunahme von Reichtum. In der größer werdenden Schere zwischen Armut und Reichtum liegt eine wachsende Gefahr, dass das solidarische Handeln in unserer Gesellschaft abhanden kommt.“

Lenke zeigt sich weiter besorgt über die gleichbleibend hohe Armut unter Kindern und Jugendlichen: „Als Diakonie mahnen wir schon seit langem an, dass die Kinderarmut in Deutschland ein Armutszeugnis für unser Land ist.“

Am Beispiel des sogenannten Schulbedarf-Paketes, welches für Kinder aus dem Hartz-IV-Bezug einen jährlichen Schulbedarf von 100 Euro vorsieht, wird deutlich, dass dies eine deutliche Benachteiligung von armen Kindern ist: „Wir haben in einer eigenen wissenschaftlichen Untersuchung nachgewiesen, dass mindestens 150 Euro jährlich nötig wären“, so Lenke. Es dürfe nicht vom Einkommen abhängen, welche Bildung Eltern ihrem Kind ermöglichen können. "Wir haben zudem innerhalb des Landes sehr unterschiedliche Bedingungen, wie Familien gefördert werden." Je nach ihrer Finanzkraft unterstütze die eine Kommune etwa Familienzentren deutlicher und die andere weniger. Insgesamt müssten die entsprechenden Angebote weiter ausgebaut werden.

In diesem Sinne setzt sich die Diakonie in Niedersachsen mit vielen anderen Wohlfahrtsverbänden für eine Neuausrichtung der Familienpolitik ein und fordert eine einheitliche Grundsicherung für alle Kinder, die das Existenzminimum sichert.

Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung:

i.V. Sven Quittkat
Leitung Öffentlichkeitsarbeit,
Ebhardtstr. 3a
30159 Hannover
Tel. 0511/3604-402
Mobil 0162/2452306
Fax 0511-3604-44402
sven.quittkat@diakonie-nds.de